

BASis Info 13/2017

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas



15.12.2017

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Jahresendstimmung kommt überhaupt nicht auf, es geht immer weiter“ hat der SPD-Vorsitzende Martin Schulz bei der Weihnachtsfeier der NRW-Landesgruppe am Montag gesagt. Recht hat er. Die Weihnachtsruhe muss warten, denn CDU, CSU, FDP und Grüne haben unser Land mit dem Scheitern von Jamaika in eine schwierige Lage gebracht. Die FDP muss man kritisieren, aber vor allem Angela Merkel hätte in den komplexen Verhandlungen konkret führen müssen - statt die Dinge wieder einmal schleifen zu lassen.

In diesen Tagen erreichen mich viele Anfragen zur Regierungsbildung mit den unterschiedlichsten Meinungen. Mein Kompass ist klar ausgerichtet: Die SPD und ich auch persönlich möchten eine Festlegung auf Inhalte. Als Parlamentarische Linke haben wir schon einige Kernpunkte aufgeschrieben: <http://bit.ly/2CdtNh4>. Meine Herzensthemen bleiben Rente, Arbeit, Bildung, Sozialer Wohnungsbau und natürlich die solidarische Bürgerversicherung in der Gesundheits- und in der Pflegepolitik sowie

ein noch viel weitergehendes Investitionsprogramm für Städte wie Duisburg. Von der CDU kommen schon erste Forderung, die Inhalte nicht zu hoch zu hängen...

Jetzt liegen viele Optionen für eine Regierungsbildung auf dem Tisch. Jenseits einer Großen Koalition und Neuwahlen bleiben Möglichkeiten, die wir mit viel Gesprächsbereitschaft und ein wenig Phantasie prüfen. Bei unserem Mitgliederparteitag in Duisburg am 2. Dezember hatten wir eine beeindruckend-konstruktive Diskussion. Diese Diskussionskultur haben wir auch vergangene Woche auf unserem Bundesparteitag in Berlin erlebt und ergebnisoffene Gespräche mit der Union beschlossen. Diese haben am Mittwoch begonnen, heute berät der SPD-Parteivorstand.



Vollzählig und motiviert:
Die Duisburger Delegation

In jedem Fall entscheiden die SPD-Mitglieder über eine Regierungsbeteiligung. Auf Initiative unserer NRW-Parteitagsdelegation wird es einen weiteren Parteitag und eine Mitgliederbefragung geben. Von unseren hohen Maßstäben an innerparteiliche Demokratie rücken wir nicht ab. Und übrigens auch nicht von unserem Weg einer grundlegenden Erneuerung der SPD. Auch das hat der Parteitag klar gemacht.

Am Montag beginnt hoffentlich meine erste Woche seit dem 24. September ohne Termine in Berlin. Auf Weihnachtskarten werde ich übrigens erstmalig verzichten. Viele tolle Duisburger Initiativen brauchen jeden Euro. Deshalb spende ich das Geld für Karten & Porto in diesem Jahr an <http://www.zebrakids-ev.de/> und unterstütze auch als MSV-Fan diese engagierte Arbeit für Kinder, die es im Leben nicht leicht haben.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben ruhige und schöne Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Die solidarische Bürgerversicherung

Eine Kernforderung der Sozialdemokratischen Gesundheitspolitik ist ein gerechtes Gesundheitssystem und die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin. Um allen Menschen die Teilhabe am medizinischen Fortschritt zu ermöglichen, brauchen wir eine solidarische Bürgerversicherung.

Wie soll diese solidarische Bürgerversicherung finanziert werden? Die Finanzierung muss gerecht sein. Das heißt: Wir wollen die Parität wieder einführen. Krankenkassenbeiträge müssen endlich wieder 50:50 von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen getragen werden. Den einseitigen Zusatzbeitrag der Versicherten wollen wir endgültig abschaffen.

Für wen soll die Bürgerversicherung gelten? Wir wollen alle erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten automatisch in die Bürgerversicherung aufnehmen. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Auch Beamt*innen wollen wir aufnehmen. Für sie soll in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen werden. Die öffentlichen Arbeitgeber können dann wählen, ob sie für gesetzlich versicherte Beamt*innen einen Arbeitgeberbeitrag zahlen oder weiter über die Beihilfe einen Anteil der Behandlungskosten übernehmen. Hamburg geht be-

reits mit gutem Beispiel voran und ermöglicht Beamt*innen die Wahlfreiheit zwischen PKV und GKV. Die Bertelsmann-Stiftung hat übrigens berechnet: Wenn alle Beamt*innen in der GKV wären, könnten die öffentliche Haushalte bis 2030 rund 60 Milliarden Euro sparen.

Was ändert sich für freiwillig gesetzlich Versicherte? Insbesondere Selbstständige mit niedrigen Einkünften können ihre relativ hohen Krankenversicherungsbeiträge oft nicht bezahlen. Wir wollen die gesetzliche Krankenversicherung für diese Menschen günstiger machen. Dazu werden wir die Bemessung der Beiträge einkommensabhängig ausgestalten. Und: Die Mindestbemessungsgrenze für Selbstständige soll deutlich abgesenkt werden.

Wie sollen medizinische Leistungen künftig vergütet werden? Stellen Sie sich folgende Situation vor: Zwei Kollegen erkranken an derselben Grippe. Der eine arbeitet als angestellter Lehrer und ist gesetzlich versichert, der andere ist verbeamtet und privat versichert. Beide gehen zur selben Ärztin, beide bekommen das gleiche Medikament und beziehen es aus derselben Apotheke. Dennoch zahlt der Arbeitgeber deutlich mehr für den Beamten als für den Angestellten. Das liegt daran, dass wir bisher keine einheitliche Honorarordnung für Ärzt*innen

haben. Aus dem gleichen Grund werden Privatpatient*innen oftmals bevorzugt: Ihre Behandlung wird einfach höher vergütet. Das werden wir beenden. Die Vergütung medizinischer Leistungen muss sich nach dem Bedarf der Menschen richten und nicht danach, ob sie privat oder gesetzlich versichert sind. Und noch ein Aspekt ist mir wichtig: Momentan lassen sich viele Ärzt*innen besonders gerne da nieder, wo viele Privatpatient*innen sind. Ein einheitliches Honorarsystem würde auch dafür sorgen, dass Duisburg als Standort so attraktiv ist wie der Starnberger See.

Wird unsere medizinische Versorgung mit der solidarischen Bürgerversicherung schlechter werden? Nein. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist eine absolute Erfolgsgeschichte, die den Versicherten eine umfassende und – auch im internationalen Vergleich – hochwertige Versorgung garantiert. Die Finanzierung der GKV folgt dem Solidaritätsprinzip mit einkommensabhängigen Beiträgen, das Bedarfsprinzip garantiert die benötigten Leistungen für alle Versicherten im Krankheitsfall. Niemand muss unbezahlbare Beiträge oder schlechtere Versorgung fürchten. Gleichzeitig schützt der Grundsatz der evidenzbasierten Medizin vor viel zu teuren, aber medizinisch fragwürdigen Behandlungen.



Nikolausbesuch in Berlin: vom 6. bis 9. Dezember haben mich wieder 50 politisch interessierte Duisburger*innen auf Einladung des Bundespresseamtes in der Hauptstadt besucht. Neben dem Deutschen Bundestag und einer Stadtrundfahrt standen unter anderem ein Besuch im ZDF-Hauptstadtstudio mit Teilnahme am „Morgenmagazin“ und eine Führung durch das Bundeskanzleramt auf dem Programm. (Foto: Bundesregierung / Dragan Film)



“Schwere(s)los” heißt die Wanderausstellung, die ich mir im Gertrud-Bäumer-Berufskolleg zusammen mit Schüler*innen und Klaus Overdiek, Leiter der DAK-Landesvertretung NRW, angesehen habe. Ausgestellt waren beeindruckende Fotos zu einem wichtigen Thema: Jeder vierte Erwachsene leidet unter Adipositas, darum brauchen wir genau solche Aufklärungskampagnen. (Quelle: DAK/ Lange)



Bas trifft Bas: Im Rahmen der Aktionswoche “SPD-Fraktion im Dialog” habe ich die Geschäftsstelle des Pflegedienstes Bas in der Innenstadt besucht. Namensvetterin Hatice Bas und ihr Team hatten mich eingeladen, um sich mit mir und weiteren Gästen vor allem zum Thema Pflege auszutauschen. Im rund zweistündigen Gespräch ging es aber auch um die Situation der Flüchtlinge, die ärztliche Versorgung, das Bundestagswahlergebnis oder auch die Themen Bildung und Kinderbetreuung.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++17.12.: MSV-Sieg gegen Dresden+++

REDEN-Gespräch; Heinrich Heine Gesamtschule+++

der Mercatorhalle+++

+++20.12.: „WIR MÜSSEN

+++13.01.: Prinzenkürung in

+++Weitere Termine:
www.baerbelbas.de +++



Neues zum Schluss



Die neue SPD-Bundestagsfraktion hat mich mit 96,1 % wieder zur Parlamentarischen Geschäftsführerin (PGF) gewählt. Ich freue mich sehr über das Vertrauen in meine Arbeit und meine Person und bleibe damit auch Mitglied des geschäftsführenden SPD-Fraktionsvorstandes. Nach dem Rückzug meines Bochumer Kollegen Axel Schäfer bin ich jetzt die starke Stimme des Ruhrgebietes in der SPD-Fraktionsspitze. Das ist für mich eine große Verpflichtung für die Menschen in Duisburg und in der Region Ruhrgebiet. (Foto: Andreas Amann)

Mein Tagebuch

Die Fahrbereitschaft des Bundestages schickt regelmäßig eine Fundbüro-Liste. Fast wäre mein Handy dabei gewesen, aber auf unsere Fahrer*innen ist Verlass - und auf die Handy-Ortung. Während die Fahrbereitschafts-Zentrale mir in meinem Büro erklärte, dass ein Fahrer ein Handy gefunden habe, konnte ich die Rückfahrt meines Handys am Ipad live verfolgen und sagen: Ja, das ist meins. Danke.

Etwas weniger aufregend verlief meine Wiederwahl zur Vorsitzenden des Landespartei Rates der NRWSPD. Mit mehr als 92% Zustimmung haben mich die Genoss*innen im Amt bestätigt - bereits zum vierten Mal nach 2010, 2013 und 2015. Der Landespartei-

rat ist ein wichtiger Ort zur engagierten Debatte und wir brauchen bei unserem Erneuerungsprozess noch mehr Dialog und Beteiligung.

„Wieso hat Rolf zwei Ja-Stimmen mehr?“ lautete eine SMS aus der Duisburger SPD-Spitze nach meiner PGF-Wiederwahl. In der Tat: Zur Wahlergebnis-Wahrheit gehört, dass mein SPD-Kollege Rolf Mützenich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Außen- und Verteidigungspolitik traditionell das beste Ergebnis geholt hat. Knapp vor mir, aber auch das kann ich erklären: „Weil Rolf Diplomat ist. Und ich nicht.“ PS: Das bleibt auch 2018 so, egal was alles kommt.



Bis zum nächsten Jahr, ich freu mich drauf.

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607
baerbel.bas@bundestag.de / www.baerbelbas.de